Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.80 Mk. :: Einzelnummern 10 Pfg. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigst. Wildb. :: Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Häberle & Co. Wildbad. :: Postscheckkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. :: Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. :: Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. :: In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlaßgewähr. weg

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 10 | Fernruf 179 | Wildbad, Samstag den 12. Januar 1924 | Fernruf 179 | Jahrgang 59.

Politische Wochenschau

Am 15. Januar tritt der erste Sachverständigenausschuß für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands im Namen der Entschädigungskommission in Paris zusammen. Die beiden amerikanischen Mitglieder des Ausschusses Dawes und Young sind schon da. Des üblichen Ansturms der „Vertreter der Presse" haben sie sich tapfer zu erwehren verstanden, aber durch eine Mitteilung an die Havasagentur glaubten sie doch bekannt geben zu sollen, wie sie sich ihre Aufgabe denken. Sie seien ohne bestimmten amtlichen Auftrag als Privatpersonen nach Europa gekommen und sie nehmen an, daß es dem Ausschuß um sachliche, sorgfältige Arbeit zu tun sei, die zu einem praktischen Ziel führe. Vor allem sei ihnen angelegen, daß nicht wieder durch Ablenkungen und Abschweifungen Zeit und Geld vertrödelt werde, sie erwarten daher auch, daß täglich Sitzungen abgehalten werden. Der Entschädigungskommission gaben sie zu wissen, wenn sie das beschleunigte Arbeiten nicht durchzusetzen vermöchten, so würden sie vorziehen, nach Amerika zurückzukehren. Die Untersuchung in Deutschland soll denn auch nicht über eine Woche dauern und die ganze Ausschußarbeit soll bis längstens 10. Febr. beendet sein.

Nach dieser deutlichen Erklärung darf man darauf gespannt sein, wie sich die Ausschußarbeit abwickeln wird, einer Politik gegenüber, deren Hauptwaffe bisher die Verschleppung gewesen ist. Aber am Ende kommt es weniger darauf an, wie die Sachverständigen arbeiten, als was sie fertig bringen und von welchem Einfluß ihre Arbeit sein wird. Und in dieser Hinsicht wird man wohl in den Erwartungen sehr vorsichtig sein müssen. Der französische Präsident Millerand hat wohl beim Neujahrsempfang gesagt, die Morgenröte der Versöhnung scheine nahe zu sein, aber derselbe Millerand hatte am 1. Januar 1922 jene gehässige Rede gegen Deutschland gehalten, der am 11. Januar der Einbruch ins Ruhrgebiet folgte. Am 11. Januar 1920 ist der Friedensvertrag von Versailles in Kraft getreten; am 11. Januar 1924 lehnen Frankreich und Belgien das bescheidene Ansinnen der deutschen Reichsregierung in ihrer Denkschrift vom 24. Dezember 1923 rundweg ab, daß zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wenigstens ein freier wirtschaftlicher Verkehr stattfinden dürfe. Wieder eine Enttäuschung der Reichspolitik, die geglaubt hatte, den Gegner milder zu stimmen, wenn sie sich zur Weiterzahlung der Besetzungskosten bereit erkläre. Mit der angestrebten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hat es also noch gute Wege, es sei denn, daß deutscherseits einfach alles angenommen wird, was von der Gegenseite gefordert wird. Das ist aber nur die Fortsetzung der Diktate, wobei es gleichgültig ist, ob sie von Sanktionsdrohungen begleitet sind oder ob die „Morgenröte" der Gnade über ihnen leuchtet.

Das Jahr 1923 ist für die Politik Poincarés, äußerlich betrachtet, unleugbar ein Jahr großer Erfolge gewesen. Der Widerstand Deutschlands ist — man kommt an dieser Erkenntnis nicht vorbei — niedergezwungen. Die englischen Versuche, gegen die Durchführung des französischen Willens Einspruch zu erheben, sind kläglich zu Wasser geworden. Es ist ja zum Erstaunen, wie klug in England die Staatsmänner sind, wenn sie — vom Rathaus kommen. Lloyd George hat, als seine Ministerpräsidentschaft zu Ende war, fix begriffen, was für ein Unheil er mit seiner Diktatpolitik gegen Deutschland angerichtet hatte. Herr Stanley Baldwin schreibt jetzt, da er in wenigen Tagen das Feld zu räumen hat, auffallend gescheite Zeitungsartikel über die Schwäche der englischen Politik gegenüber dem grenzenlosen französischen Herrschaftsdrang. Und Ramsay Macdonald trug in der Londoner Albertshalle ein schönes Programm vor, das er durchzuführen gedenke, wenn, wie zu erwarten ist, am 15. oder 17. Januar der König ihn mit der Arbeiterpartei zur Regierung berufen sollte. Das war eine Rede ohne Redensarten und Schlagworte, schlicht und klar, ohne jede Spur der Parteipolitik etwa in deutschem Sinn. Die Rede hätte ebenso gut ein englischer Konservativer oder Liberaler halten können. Kein Wort von Klassenkampf oder Sozialisierung, vielmehr die Versicherung, wegen des Kabinetts der Arbeiterpartei brauche kein Vermögen aus England auszuwandern. Ob es Macdonald als Erstminister möglich sein wird, das Ziel zu erreichen, das er sich vorgesteckt hat, ist eine andere Frage.

Macdonald legt großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit Frankreich. Ohne Zweifel wird er dem „Verbündeten" gegenüber mehr Rückgrat zeigen als Bonar Law und Baldwin, aber bei der bekundeten außenpolitischen Einstellung ist wohl eine entschiedene Stellungnahme gegen die franz. Politik so bald nicht zu erwarten. Und doch kann es Macdonald nicht verborgen sein, was man in England mehr und mehr begreift: daß die französische Politik in ihren Endzielen gegen Großbritannien gerichtet ist. Das französische System der bezahlten Bündnisse ist mächtig ausgebaut und der Ring zunächst um Deutschland und Mitteleuropa fest geschlossen. Ganz Osteuropa, vom Baltischen bis zum Schwarzen und Aegäischen Meer ist der französischen Vorherrschaft untertan; im umstrittenen nordafrikanischen Randgebiet ist jeder Wunsch Frankreichs Befehl; die spanisch-italienische Gegnerschaft steht allein und am Scheideweg, ob sie das französische Rennen mitmachen oder versuchen soll, verstimmt und trotzig ihren Weg gegen Frankreich zu nehmen. Rußland allein ist anscheinend bis jetzt noch unberührt vom französischen Einfluß, aber auch zur Sowjetrepublik hin werden von Paris aus diplomatische Fäden gesponnen. Denn der französisch-tschechische Bündnisvertrag soll ja die Brücke bilden vom Kleinen Verband über Rußland hin zu dem großen europäischen Block, der dann von den Pyrenäen bis zum Ural und nach Sibirien und Afghanistan hinein seine mächtige Gestalt dehnen würde. Darum soll der tschechische Außenminister Benesch, derzeit vielleicht der gewandteste Diplomat Europas, in Paris geraten haben, die Sowjetrepublik förmlich anzuerkennen, damit nicht die neue englische Arbeiterregierung zuvorkomme.

In England wird man, wie gesagt, mit Schrecken gewahr, wohin die Schwächlichkeit geführt hat, und es scheint, daß eine Wandlung zu tätigerer Politik heraufdämmert. Die britische Regierung hat die Staaten des Kleinen Verbands, die unter Benesch's Führung in Belgrad gegenwärtig ihre Vertreter über den Beitritt zum französisch-tschechischen Bündnis beraten lassen, die Frage unter die Nase gerieben, ob es nicht gescheiter wäre, an die Rückzahlung der Kriegsschulden an England zu denken, anstatt sich mit französischem Geld in Kriegsrüstungen zu stürzen, sich neue Schulden aufzuladen und sich in die völlige Abhängigkeit von Frankreich zu ketten. Großen Erfolg wird sich die britische Regierung von ihrem Schritt selbst nicht versprochen haben; Poincaré trat sofort für seine Schützlinge ein und ließ erklären, Frankreich sei eine freie Großmacht und könne sein Geld borgen, wem es wolle — obwohl es seine eigenen Auslandschulden von 12 Milliarden nicht bezahlt und der französische Franken erbarmungslos nach unten rutscht.

Um aber Frankreich zu zeigen, daß England auch noch Zähne hat, läßt die britische Admiralität im Mittelmeer eine Flottenübung von ungewöhnlichem Ausmaß ausführen, und nach der Mitteilung eines italienischen Blatts sollen auch italienische und spanische Kriegsschiffe sich daran beteiligen. Ob die Kundgebung auf Frankreich großen Eindruck machen würde, mag dahingestellt sein; jedenfalls war der Eindruck nicht groß, als dieser Tage die britische Regierung in Paris und Brüssel anfragen ließ, was denn die hohen Verbündeten mit den Banden der Sonderbündler in den besetzten Gebieten im Sinn haben. In Paris stellte man sich ganz überrascht und versprach, die Sache untersuchen zu lassen. Derweilen hatte aber die hohe Rheinlandkommission und die Besetzungsbehörde die „autonome" Regierung der Handvoll Sonderbündler, die die ganze Pfalz beherrschen — soweit dieser Ausdruck neben der französischen Herrschaft anzuwenden ist — amtlich „anerkannt" und das französische Militär hat den Mitgliedern dieser „Regierung" militärische Ehrenbezeugungen zu erweisen. Der Präsident der „autonomen" Republik Pfalz, der ehrenwerte Herr Franz Joseph Heinz-Orbis kann allerdings von der Ehre keinen Gebrauch mehr machen, denn er ist am Mittwoch mit einigen anderen Nobili seiner Art in einem Gasthaus in Speyer von Unbekannten — es sollen einstmalige Gefolgsmannen der Sonderbündler selbst gewesen sein — erschossen worden. Selbstverständlich wird es nun an Doppelsanktionen von seiten der Franzosen — die eigentlich die Sache von Haut und Haar nichts angeht — und der „Autonomen" nicht fehlen. Verschiedene bayerische Beamte sind denn auch bereits als Geiseln festgenommen worden und in den Straßen gab es blutige Kämpfe. Kurz vor der Bluttat hatte die Staatsanwaltschaft in Würzburg gegen die Herren Mitglieder der autonomen Pfalzregierung Steckbriefe wegen Landesverrats und anderer Verbrechen erlassen, und das war das einzig Richtige, die preußische Regierung hätte schon längst in gleicher Weise die bezahlten Landesverräter im Rheinland brandmarken sollen.

Reichswehrminister Geßler hatte wohl recht, wenn er auf dem demokratischen Parteitag in Stuttgart am 6. Januar sagte, das Jahr 1924 sei kein Jahr des Friedens, sondern des Kampfes, nach innen und außen. Wenn man die Jahre bis zum Waffenstillstand zurückdenkt und kühl überlegt, drängt sich einem von selbst die Ueberzeugung auf, daß wir vor Entscheidungen stehen. Bezüglich des Verhältnisses zu Frankreich, in dem sich zurzeit fast die ganze Außenpolitik des Reichs erschöpft, kommt es darauf an, was die französische Regierung aus der Episode der Sachverständigen-Untersuchung machen will. Und das ist wohl nicht schwer zu erraten: am Vertrag von Versailles und dem Pfänderspiel soll nicht gerüttelt werden, hat Poincaré erst neulich wieder zum hundertsten Mal erklärt, und damit ist eigentlich alles gesagt. Die militärische Ueberwachung hat, obgleich sie nach dem Friedensvertrag längst nicht mehr statthaft ist, am 10. Januar neu eingesetzt, ohne Widerspruch der Reichsregierung, die allerdings der Ansicht ist, daß die deutschen militärischen Behörden den feindlichen Kameraden in Zivil sich nicht mehr zur Verfügung zu stellen brauchen. Vielleicht ist General Nollet anderer Ansicht. Ein „Kampf", um mit Minister Geßler zu sprechen, wird der Reichsregierung nicht erspart bleiben.

Auch im Innern gibt es noch manches durchzukämpfen. Daß es in Thüringen mit der Ordnung noch nicht zum besten bestellt ist, haben weitere Verhaftungen von Mitgliedern der bisherigen Regierung erwiesen. In Sachsen hat der größere Teil der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, 25 Mitglieder, eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten geschlossen, um eine neue Regierung zu bilden. Allein die Minderheit der Fraktion, 15 Mitglieder, die damit nicht einverstanden war, setzte es auf dem Landesparteitag am 6. Januar durch, daß die Koalition verworfen und der jetzige Ministerpräsident Heldt aufgefordert wurde, zurückzutreten. Heldt hat nicht Folge geleistet, aber es wird ihm schwer werden, gegen den Willen der eigenen Partei im Amt zu bleiben, die ihn unter Umständen ausschließen kann. Ohne den militärischen Ausnahmezustand wäre es vielleicht überhaupt nicht möglich, daß Heldt den Schritt gewagt hätte. Aber die Sozialdemokratische Partei will den Ausnahmezustand möglichst schnell beseitigt wissen und sie wird zunächst in einer Konferenz des Parteivorstands die Frage behandeln und dann den Parteitag damit befassen, um auf die Regierung einen Druck auszuüben. Minister Geßler hat indessen in Stuttgart erklärt, der Ausnahmezustand könne noch nicht aufgehoben werden, er müsse vorerst noch beobachten. Hier ist also auch ein Kampfstoff von nicht zu unterschätzender Bedeutung gegeben.

Die bayerische Regierung hat der Reichsregierung am 4 Januar die angekündigte Denkschrift über die Abänderung der Weimarer Reichsverfassung übergeben lassen. In dieser Denkschrift wird die Wiederherstellung der Bismarckschen Bundesstaatsverfassung von 1870 zu einem großen Teil verlangt, namentlich sollen den Einzelstaaten ihre Steuerrechte zurückgegeben werden. Bayern stößt sich auch, und nicht mit Unrecht, daran, daß die Einzelstaaten in der neuen Verfassung mit dem auch sprachlich unpassenden Wort „Länder" bezeichnet werden. Die Wünsche Bayerns nach größerer Selbständigkeit werden von ganz Süddeutschland geteilt, soweit sie das Steuerwesen betreffen. In der Reichsregierung ist aber auch in diesem Punkt die Geneigtheit für eine Rückbildung nicht mehr groß und man hält sie für einen „Rückschritt". Freilich müßte dann erst nachgewiesen werden, daß die Neubildung, auch im Eisenbahnwesen, das Bayern ebenfalls für sich wieder verlangt, ein Fortschritt gewesen wäre. Item, Reichsfinanzminister Luther sprach sich nicht gerade günstig über die bayerische Denkschrift aus, jedenfalls könne die gewünschte Steuerreform bei der finanziellen Notlage des Reichs nicht vor April 1925 in Frage kommen. Ob sich die in kaum minder großer Notlage befindlichen Bundesstaaten mit ihren Gemeinden so lange vertrösten können, ist eine offene Frage. Bayern scheint dazu nicht gewillt zu sein. Die Reichsregierung wird sich aber der Tatsache nicht verschließen dürfen, daß etwas geschehen muß, und zwar bald. Wenn die Einzelstaaten mit ihren Regierungen und Parlamenten überhaupt noch einen Sinn haben sollen, so müssen sie auch finanziell auf eigenen Füßen stehen können, sonst kann man sich die Kosten sparen.

Tagesspiegel

Die Reichsregierung wird gegen die Verhaftung von Geiseln in Speyer und die französische Unterstützung, sowie gegen die Bedrückung der Bevölkerung bei der Rheinlandkommission Einspruch erheben. Die Note wird verlangen, daß die deutsche Staatshoheit in der Pfalz wiederhergestellt werde. Bei der gegenwärtigen französischen Gewaltherrschaft sei es der Reichsregierung unmöglich gemacht, an Ort und Stelle eine Untersuchung über die Bluttat in Speyer vornehmen zu lassen.

Die Konferenz des Kleinen Verbands hat nach einer amtlichen Mitteilung in der ersten Sitzung einmütig beschlossen, den Verband mit ihren vertrauensvollen Beziehungen zu sämtlichen Verbündeten aufrechtzuerhalten und mit ihnen zusammenzuwirken. Die drei Staaten (Tschechoslowakei, Rumänien und Südslavien) sind mehr denn je entschlossen, im Rahmen der gegenwärtigen Lage diejenigen „Strömungen" (d. h. Frankreich) zu unterstützen, die die Aufrechterhaltung der Friedensverträge — und die „Befestigung des Friedens" anstreben.

Das britische Geschwader in Gibraltar wird um 11, dasjenige in Malta um 6 Kriegsschiffe verstärkt, — „aus technischen Gründen", wie „Daily Chronicle" sagt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berichtigung der Wehrbeitragswerte

Zurzeit sind die Finanzbehörden damit beschäftigt, auf besondere Anordnung des Reichsministers der Finanzen Richtlinien für die Berichtigung der Wehrbeitragswerte landwirtschaftlicher Grundstücke aufzustellen. Es geschieht dies auf Grund des § 3 Ziffer 1 Nr. 1 des die Vermögenssteuer behandelnden Artikels II der zweiten Steuernotverordnung vom 19. 12. 23, wo es heißt: „Grundstücke sind mit dem Wehrbeitragswert zu bewerten, zu dessen Berichtigung Bestimmungen zu erlassen sind, um eine gleichmäßige Belastung aller Steuerpflichtigen zu erreichen."

Der Reichsminister der Finanzen weist in dem diesbezüglichen Erlaß die Landesfinanzämter ausdrücklich darauf hin, daß zur Erreichung einer möglichst gleichmäßigen Belastung die Berichtigung der Wehrbeitragswerte wegen der Ungleichmäßigkeit ihrer ursprünglichen Veranlagung und wegen in sehr vielen Fällen inzwischen eingetretener Bestandsveränderungen an den Grundstücken in weitgehendem Umfang erfolgen muß. Diese Maßnahme habe aber mit der Festsetzung von Zu- resp. Abschlägen auf Grund einer inzwischen eingetretenen Wertsvermehrung bzw. Verminderung nichts zu tun. Diese in Ziffer 1 Nr. 7 des oben genannten Paragraphen geforderte Festsetzung habe erst später nach der Berichtigung, d. h. der Vereinigung der Wehrbeitragswerte zu erfolgen.

Ausdrücklich wird festgestellt, daß nach § 17 des Wehrbeitragsgesetzes grundsätzlich der Ertragswert maßgebend war, und daß daher dieser allein auch nunmehr für die Vermögenssteuer in Frage komme. In allen Fällen, in denen, sei es mit, sei es ohne Zustimmung des Steuerpflichtigen s. Z. hiervon abgewichen wurde, muß nunmehr eine Berichtigung vorgenommen werden. Das gleiche gilt auch, wenn inzwischen eine Bestandsveränderung im Vermögen einzelner Steuerpflichtiger eingetreten ist. Einmal kann es sich um Veränderungen in der Beschaffenheit, etwa durch Vernichtung von nicht wiedererrichteten Gebäuden, durch Herabminderung des Viehbestands durch Seuchen handeln, oder aber darum, daß nach dem Wehrbeitragsstichtag Neuanlagen geschaffen oder das Gebäude- oder Viehkapital vermehrt wurde. Sehr häufig werden auch nach dem Wehrbeitragsstichtag Eigentumsveränderungen (z. B. Zu- und Verkauf) eingetreten sein, die berücksichtigt werden müssen. Hierher gehören auch ganz besonders die Fälle, in denen nach dem Wehrbeitragsstichtag Verpachtung oder Rücknahme in Selbstbewirtschaftung erfolgt ist. Wenn bei der Verpachtung das Inventar in das Eigentum des Pächters überging, ist nunmehr der Wert des Grundstücks ohne Inventar festzustellen; bei der Rücknahme in Selbstbewirtschaftung liegen die Verhältnisse gegebenenfalls umgekehrt. In jedem Fall ist als berichtigter Wehrbeitragswert der Wert zugrunde zu legen; der für ein Grundstück in seinem jetzigen Zustand bei der Wehrbeitragsveranlagung im Jahr 1913 als Wehrbeitragswert festzustellen gewesen wäre.

Nach näherer Anweisung des Ministers haben nunmehr die Landesfinanzämter mit größter Beschleunigung festzustellen, welche Wehrbeitragswerte je Flächeneinheit für die verschiedenen Größen- und Bodenklassen in den einzelnen Finanzamtsbezirken als Normalwehrbeitragswerte anzusprechen sind. Hierbei sollen die Landesfinanzämter sowohl mit den benachbarten Landesfinanzämtern, wie auch mit den örtlichen Sachverständigenorganisationen Fühlung halten. Auf Grund ihrer Feststellungen haben die Landesfinanzämter sodann den einzelnen Finanzämtern mitzuteilen, innerhalb welcher Spanne sich in ihrem Bezirk bei kleineren, mittleren und größeren Grundstücken der verschiedenen Bodenklassen der Normalwehrbeitragswert einer Flächeneinheit bewegt. Diese Spannungen, d. h. Abweichungen vom Durchschnitt nach oben und unten sollen den Finanzämtern bei der Wertsermittlung der einzelnen Grundstücke gegebenenfalls Gelegenheit geben, deren Besonderheiten in bezug auf ihre Lage, Beschaffenheit und ihre Gebäude sowie Inventarverhältnisse zu berücksichtigen. Die Finanzämter haben zunächst zu prüfen, ob nach der jetzigen Beschaffenheit der Grundstücke die alten Wehrbeitragswerte den vom Landesfinanzamt aufgestellten Normalwehrbeitragswerten entsprechen. Ist dies nicht der Fall, dann sind die Grundstücke durch Eingruppierung in die gegebenen Spannen neu zu veranlagen, wobei die örtlichen Sachverständigen anzuhören sind. Gegebenenfalls ist auch die Eingruppierung der Grundstücke in die verschiedenen Gemarkungs- (Güte-) Klassen zu berücksichtigen, sofern nämlich die Einkommensteuerveranlagung 1922 nach Normalsätzen vorgenommen wurden. Der Minister steht jedoch auf dem Standpunkt, daß von einer Berichtigung abzusehen ist, wenn die Abweichungen, die durch die Berichtigung ausgeglichen werden sollen, weniger als 10 v. H. nach oben und unten betragen.

Zum 11. Januar

Kundgebung des Reichskanzlers

Der Reichskanzler erläßt zur Wiederkehr des Jahrestags des Ruhreinbruchs folgende Kundgebung:

Am 11. Januar jährt sich der Tag, an dem französische und belgische Truppen unter Verletzung des Versailler Friedensvertrags deutsches Land an der Ruhr mit Waffengewalt besetzten. Eine Kette schwerster Leiden und Prüfungen wurde der Bevölkerung des alt- und des neubesetzten Gebiets seit jenem schwarzen Tag auferlegt. Tausende von Deutschen wurden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben, über 2000 Gefangene harren noch in den Gefängnissen der fremden Besatzungsmächte ihrer Befreiung. Morde, Tötungen, Notzucht, Raub und Mißhandlungen, begangen von farbigen und weißen Truppen, lösten in der wehrlosen Bevölkerung das Gefühl aus, daß sie rechtlos fremder Vergewaltigung preisgegeben sei. Dieses Martyrium wurde noch ins Unerträgliche gesteigert durch die schamlosen Uebergriffe des landfremden und käuflichen Separatistengesindels, dessen Treiben ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet.

Alle diejenigen in der Welt, die sich noch menschliches Empfinden und völkerrechtliches Denken bewahrten, rufe ich an, mit uns dahin zu wirken, daß der Rechtszustand im besetzten Gebiet wiederhergestellt wird und daß vor allem die unschuldig in Gefängnissen schmachtenden Deutschen ihren Familien endlich zurückgegeben werden und die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können.

Alle Leiden und Bedrückungen konnte die Bevölkerung des besetzten Gebiets nicht wankend machen in der Treue zum deutschen Vaterland. In allen Deutschen wurde die Ueberzeugung vertieft, daß das besetzte und das unbesetzte Gebiet auf ewig zusammengehören. Auch das unbesetzte Deutschland hat unter den Auswirkungen des an Rhein und Ruhr geführten Kampfes schwer gelitten. Aber freudig wird jeder Deutsche auch zukünftig das Letzte mit den Brüdern im besetzten Gebiet teilen. Rhein und Ruhr sind deutsch und müssen deutsch bleiben.

Ansprache des Reichsministers Höfle

Der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Höfle hat gestern abend auf drahtlosem Weg folgende Ansprache gehalten:

Der 10. Januar ist ein schwarzer Tag in der Geschichte des deutschen Volks, insbesondere für das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet. Wenn auch mit diesem Tag durch das Inkrafttreten des Versailler Vertrags die fürchterliche Katastrophe des Weltkriegs als beendigt galt, so kennt das deutsche Volksempfinden diesen Tag nicht als erlösenden, befreienden Friedensbringer, weil unter den erdrückenden Lasten und erwürgenden Fesseln des Versailler Diktats wirklicher wahrer Frieden in Deutschland, ja in Europa nicht eintreten konnte. Als Reichsminister der besetzten Gebiete, wie als Sohn meines so schwer heimgesuchten Pfälzer Landes spreche ich allen lieben deutschen Schwestern und Brüdern im besetzten Gebiet meinen aus tiefstem Mitempfinden und innigster Herzlichkeit entquellenden Dank aus. Nie dürfen unsere Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr den Eindruck haben, daß sie von der Reichsregierung verlassen und einem ungewissen Schicksal überlassen werden. Die Reichsregierung strebt nach dauerhaften und tragbaren Rechtsverhältnissen und sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, die Leiden der Bevölkerung im besetzten Gebiet zu mildern. Sie ist aber auch ernsthaft bemüht, die Entschädigungspolitik auf einen brauchbaren Weg zu bringen. An alle Deutschen des unbesetzten Gebiets richte ich die Bitte und die Mahnung, ihrerseits nicht zu erlahmen in Arbeit und Opfern für die Freiheit und Erlösung des deutschen Volks, um dadurch würdig zu sein, in deutscher Treue und opferbereitem Gemeinschaftsgeiste der Nachwelt als Vorbild zu dienen.

Neue Nachrichten

Der Beamtenabbau

Berlin, 11. Jan. Laut B. Lokalanz. wurden bisher rund 54 000 Beamte auf Wartegeld gesetzt. Die Ersparnis beträgt schätzungsweise 83 Millionen Goldmark.

Haftung für Streikschäden

Berlin, 11. Jan. Das Landgericht I in Berlin hat die Streikleitung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner zum Schadenersatz an einen Kaufmann verurteilt, der infolge eines Eisenbahnerstreiks im vorigen Jahr die Rückreise in seine Heimat nicht antreten konnte. Damit ist also gesagt, daß die Streikführer für alle durch einen Streik entstehenden wirtschaftlichen Schäden haftbar gemacht werden können. Wie verlautet, schweben zurzeit noch zwölf weitere Prozesse gegen die Streikleitung, in denen Schadenersatz gefordert wird. So klagt u. a. die Oberschlesische Kokshütte, Zeche Morgenröte, die Jute-Industrie, eine Konservenfabrik, der einige hundert Schweine verendet sind und andere Firmen. Die Schadenersatzansprüche belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Goldmark.

Einigung im Buchdruckgewerbe.

Berlin, 11. Jan. Die Tarifstreitigkeiten im deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbe sind gestern in einer vor dem Reichsarbeitsministerium getroffenen Vereinbarung beigelegt worden. Die tarifliche Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden, die auf Anordnung des Arbeitgebers bis zu 53 Stunden und bei den Maschinensetzern bis zu 51 Stunden verlängert werden kann, ohne daß für diese Arbeitszeit Ueberstundenzuschläge zu zahlen sind. Für die Zeit bis 1. Februar bleibt es bei der bisherigen Lohnregelung. Auf Grund dieser Vereinbarung haben sich die Vorstände der Arbeitgeberorganisationen bereit erklärt, ihre Mitglieder anzuweisen, die ausgesprochenen Kündigungen sofort zurückzuziehen.

Kahr macht Schule

Berlin, 11. Jan. Vertreter der Gewerkschaften überreichten dem Reichskanzler eine Forderung, es sollen Deutsche, die in in- oder ausländischen Kurorten und Gaststätten der Schemmerei überführt sind, auf dem Verordnungsweg dem Arbeitshaus überwiesen werden. — Generalstaatskommissar v. Kahr hat bekanntlich dieses Zuchtmittel in München einmal angewendet.

Der Münchner Putschprozeß

München, 11. Jan. Die Anklage des Hochverrats im Münchner Putschprozeß richtet sich gegen Adolf Hitler, General Ludendorff und seinen Stiefsohn, den früheren Polizeipräsidenten Pöhner, den Polizeioberamtmann Frick, den Führer des Bunds Oberland Dr. Weber, Hauptmann Röhm (Reichskriegsflagge), Leutnant Bruckner und vielleicht Hauptmann Weiß, den Herausgeber des „Heimatlands". Flüchtig sind Oberstleutnant Triebel und Hauptmann Göhring. Die Verhandlung gegen diese Angeklagten soll im Februar vor dem Volksgericht I in München stattfinden. Der Prozeß gegen weitere etwa 100 Angeklagte soll nach einer Blättermeldung in Regensburg verhandelt werden.

•

Einspruch gegen die „Autonomen"

Speyer, 11. Jan. Die Vertreter der Städte und der Wirtschaftsverbände der Pfalz sprachen dem französischen General de Metz das Bedauern über die Bluttat in Speyer aus, erheben aber Einspruch gegen die sogenannte „autonome" Regierung. Denselben Einspruch brachten sie bei der Rheinlandkommission in Koblenz vor.

Die katholischen Dekane richteten an die Regierungen aller Staaten und an den Hl. Stuhl eine Kundgebung: Die katholischen Priester der Pfalz haben es seit dem Friedensstand als ihre Pflicht erachtet, mit den Besatzungsbehörden aufrichtig zusammenzuarbeiten, soweit das Amt und das Wohl der Bevölkerung erforderten. Sie lehnen es ab, rein politische Ziele, besonders soweit sie einen unchristlichen Völkerhaß und gefährliche Rachegedanken verfolgen, zu unterstützen. Deswegen halten sich die Geistlichen auch für verpflichtet, gegenüber der sogenannten „autonomen" Regierung zu erklären, daß eine gegen den Willen der pfälzischen Bevölkerung, des Reichs und Bayerns vollzogene Trennung

---

O hebe Dich! Du bist so tief bei weitem nicht gesunken, als Du hoch Dich heben kannst.

Heinrich v. Kleist.

Gefreit ohne Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberschutz Stuttg. Romanzentrale C. Ackermann-Stuttgart.)

10 (Nachdruck verboten.)

„Kein Wort! Ich wollte euch ja überraschen! Ließ den Wagen gleich nach dem Wirtschaftshof fahren und schlich mich ins Haus wie ein Dieb — Dann hörte ich Stimmen hier — sie unterbrach sich „ah — das sind wohl Deine Kinder? Und — aber verzeihe ich sehe erst jetzt, daß Du Besuch hast —"

Sie maß Britta, die verständnislos zugehört hatte, mit raschem, kritischen Blick, der zuletzt erstaunt auf dem kostbaren Diamantendiadem ruhen blieb.

Heider hatte seine Fassung wiedererlangt. Er ergriff Brittas Hand.

„Meine Braut, Britta Andermatt,", sagte er gemessen. Erlaube, liebe Britta, daß ich Dich mit meiner Kusine, Frau von Kiesebrech bekannt mache."

Britta verneigte sich höflich. Die schöne junge Witwe stand starr wie eine Bildsäule da.

„Deine — Braut?" sagte sie dann mit Anstrengung. „Du — bist — verlobt?"

„Ja. Wußtest Du es nicht?"

„Kein Wort. Deine Mutter hat ja meinen Brief bis heute nicht beantwortet."

„Wahrscheinlich wollte sie Deinen angekündigten Besuch in Ruhe genießen und Dir den Hochzeitstrubel ersparen. Denn ich heirate in vier Tagen."

„In — vier — Tagen!" wiederholte Frau von Kiesebrech mechanisch. Ihre Augen hatten plötzlich einen stumpfen Blick Die rosige Frische des Gesichts war einer graugrünen Blässe gewichen.

Heider sah es — begriff zum Teil und empfand Mitleid. Also ganz gleichgültig war er ihr doch nicht gewesen! Er hätte kein Mann sein müssen, wenn ihm diese Entdeckung nicht geschmeichelt und — ihn milder gestimmt hätte.

Er bot Frau von Kiesebrech den Arm.

„Komm Hertha, wir wollen zur Mutter gehen! Die wird Augen machen!"

Brittas Aufenthalt war ihm für den Augenblick gänzlich aus dem Gedächtnis geschwunden. Diese stand daneben —

Sie hatte das Diadem schweigend aus dem Haar gelöst und auf den Tisch gelegt. Ein banges Gefühl schnürte ihr die Brust zusammen beim Anblick dieser schönen strahlenden Frau. Ohne daß sie es wußte, glitt ein leiser Seufzer über ihre Lippen.

Dadurch erst wieder an sie erinnert, wandte sich Heider nun zu ihr.

„Du bist wohl so freundlich, Britta, und überaibst die Kinder der Johanna. Wenn es mir möglich ist, kommen ich nachmittags noch einen Sprung ins Schulhaus. Für jetzt, bitte, entschuldige mich."

Sein Ton klang zerstreut, kühl und förmlich.

In Herthas Antlitz erstanden Glanz und Farbe wieder. Was Britta, die Unerfahrene, nur als unklar schmerzlichen Instinkt empfand, das begriff sie blitzartig in jubelnder Freude: Er liebt seine Braut nicht!

Mit strahlendem Lächeln hing sie sich an seinen Arm.

Frau Gerda war nicht sehr entzückt über die überraschende Ankunft ihrer Nichte. Aber sie machte gute Miene zum bösen Spiel und empfing sie wenigstens äußerlich mit großer Herzlichkeit.

In vier Tagen war ja Hochzeit — der Gedanke beruhigte sie unendlich. So gab sie sich auch weiter keine Mühe, die Dinge vor Frau von Kiesebrech zu verschleiern, als diese dann abends vor dem Schlafengehen noch zu ihr ins Schlafzimmer schlüpfte auf ein „Plauderviertelstündchen."

„Denn ich muß doch wissen, wie all das so rasch gekommen ist, Tantchen! Mit Hannsens Heirat nämlich. Du schriebst ja nie ein Wort von dieser Britta Andermatt?! Wer ist sie eigentlich? Kennt sie Hanns schon lange?"

Frau Gerda berichtete kurz die Tatsachen, nicht ohne ein leises Beigefühl spöttischer Zufriedenheit, das Hertha von Kiesebrech nicht entging.

„Also suchtest Du ihm die Braut aus?" fragte sie dann als Frau Gerda schwieg.

„Nein, das nicht gerade. Aber ich bin mit seiner Wahl ganz einverstanden. Britta ist bescheiden und anspruchslos und — was bei Hanns den Ausschlag gab: sehr kinderlieb.

„So heiratet es sie nicht aus Liebe?"

„Gott bewahre! Dazu trauert er ja noch viel zu tief um Alma!"

„Seine erste Ehe war also wirklich so glücklich!" fragte die junge Witwe stirnrunzelnd.

„Ueber die Maßen! Er vergöttert Alma, obwohl sie ja, unter uns gesagt, ein recht unbedeutend eitles Frauchen war, so recht ein Spielzeug, wie Männer es lieben. Er kann ihren Verlust bis heute nicht überwinden."

Frau von Kiesebrech biß sich auf die Lippen und faltete die Stirn. Also er hatte sie wirklich schon vor Jahren vergessen gehabt! Von jener Jugendliebe, die ihn einst in ihre Macht gegeben, war jede Spur verweht.

Ihre Eitelkeit litt stark unter dieser Erkenntnis. Dennoch — wäre Britta nicht gewesen, hätten die alten Fäden sich jetzt sicher wieder anknüpfen lassen. Die Mutter hätte sie schon gewinnen können und ihm —

Aber war es denn wirklich zu spät? Er liebte ja Britta nicht! Und Ehen können getrennt werden. Man mußte nur Zeit haben —

„Nun erzähle mir aber endlich auch von Dir, liebe Hertha!" sagte Frau von Heider jetzt, nachdem sie aus der Nichte Schweigen entnahm, daß sie verstanden worden war, wieder sehr liebenswürdig. Wir haben uns ja so lange nicht gesehen — ich glaube außer ein paar flüchtigen Begegnungen in Badeorten über 15 Jahre nicht!"

„Wirklich? So lange ist es schon?"

„Ja. So lange warst Du nicht mehr in Karolinenruhe! Du heiratetest ja ein Jahr früher als Hanns und nun bist Du wieder ein Jahr Witwe. Ja, ja die Zeit vergeht! Ich sehe noch vor mir, wie Du damals als Braut mit Kiesebrech am Altar standest und dann noch am selben Abend Deine Vaterstadt verließest, um nach Thüringen, Deiner Heimat, zu gehen. Wie es Dir dann aber eigentlich ergangen ist, ob Du Dich dort wohl fühltest, ob Du restlos glücklich in Deiner Ehe wurdest, darüber weiß ich gar nichts. Denn Deine Briefe, liebes Kind, so lang sie auch waren und so viel über äußere Dinge sie auch berichteten — von Dir selbst enthielten sie herzlich wenig. (Forts. folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk vergiftet und die Gefahr nationaler Kämpfe und kriegerischen Verwicklungen heraufbeschwört. Die sogenannte autonome Regierung steht im Widerspruch mit der Willensmeinung der weit überwiegenden Mehrheit des Pfälzer Volks; sie hat ihre Macht auf revolutionärem und hochverräterischem d. h. durch das christliche Sittengesetz verbotenen Weg und mit verwerflichen Mitteln zu erlangen versucht.

Eine der im „Wittelsbacher Hof" verletzten Personen ist im Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Toten ist somit auf sechs gestiegen. Die Sonderbündler haben den Nachtverkehr von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.

Das französische Kriegsgericht in Speyer hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 50 000 Franken ausgesetzt.

Die Leiche des Heinz-Orbis wurde im Regierungsgebäude aufgebahrt. — Heinz hatte am Abend vor dem Mord mit der französischen Besatzungsbehörde einen „Vertrag" abgeschlossen, wodurch die Gendarmerie der Pfalz dem französischen Kommando unterstellt und die letzte selbständige Behörde den Franzosen ausgeliefert würde. Bis jetzt sind 32 Geiseln festgenommen.

Die Führer der Sonderbündler in Pirmasens haben die Stadt verlassen, da sie Drohbriefe erhalten haben sollen.

*

Brückensperre

Ludwigshafen, 11. Jan. Der Verkehr über die Rheinbrücke ist heute vormittag von der Besatzungsbehörde ohne vorherige Ankündigung für Personen, die nicht im Besitz eines Passes sind, plötzlich gesperrt worden.

Der Eindruck in England

London, 11. Jan. Die Vorgänge in der Pfalz werden von der britischen Regierung mit Besorgnis verfolgt. Es wird befürchtet, daß der Verstand der Bevölkerung Formen annehmen könne wie in Irland. Lord Curzon hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter. Die Regierung sei mit dem Pariser Vorschlag, der Rheinlandkommission die Untersuchung über die Zustände in der Pfalz zu übertragen, nicht einverstanden, da die Kommission Partei sei. Die Verordnungen der Rheinlandkommission sollten nicht in Kraft treten.

*

Die Wirkung des Frankensturzes

Paris, 11. Jan. Der schwankende Frankenkurs hat in Paris zu einem allgemeinen Preiswirrwarr geführt. Die Marktpreise verändern sich täglich zwei bis dreimal. Einzelne Läden sind dazu übergegangen, täglich nur fünf Stunden offen zu halten und Waren nur in kleinen Mengen abzugeben, da im Großhandel die Preise täglich, auch bei gleichbleibendem Frankenkurs, anziehen. Omnibus- und Stadtbahn erhöhten ab 11. Januar ihre Fahrpreise von 10 auf 15 Centimes.

Nitti gegen das französische Kriegsrüsten

London, 11. Jan. Im „Manchester Guardian" veröffentlicht der frühere italienische Ministerpräsident Nitti einen Artikel, der auf die Schulden und die Rüstungen Frankreichs und seine auf vergebenen Anleihen gegründete Vorherrschaft hinweist. Es sei natürlich, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich fragten, ob es nicht richtiger und vorteilhafter für Frankreich wäre, diese Summen zur Bezahlung seiner eigenen Schulden und der Zinsen zu verwenden. Es sei Pflicht aller, Frankreich endlich den Begriff der Wirklichkeit beizubringen, und hierfür wäre nichts wirksamer, als daß Großbritannien und Amerika von Frankreich verlangen, daß es wenigstens seine Schuldzinsen in der Höhe der Summen verlangen, das Frankreich des Poincarés an andere Staaten zu Kriegsrüstungen ausgeliehen habe, wodurch ganz Europa beunruhigt und bedroht werde.

Württemberg

Stuttgart, 11. Jan. Die im Jahr 1923 abgehaltene Prüfung für den ärztlichen Staatsdienst haben 26 Kandidaten bestanden.

Die Ortskrankenkasse beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Februar 1924 ab die Beiträge von seitherig 10 Prozent auf vorerst 9 Prozent zu ermäßigen und gleichzeitig auch einige Mehrleistungen einzuführen. Die Ermäßigung auf 9 Proz. ist recht gering und legt dem Versicherten immer noch zu hohe Lasten auf.

Der Zuckerpreis beträgt in Stuttgart für Kristallzucker 50 Pfg. das Pfund.

Vom Tage. Beim Pragwirtshaus wurde ein Kraftwagenführer, der neben seinem Wagen herging, von einem vorbeifahrenden Kraftwagen erfaßt und zu Boden geschleudert. Bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb der Verunglückte an den Folgen eines schweren Schädelbruchs. — In der Leonberger Straße fuhren drei Knaben auf einem Schlitten auf ein Auto auf. Ein 10jähriger Knabe blieb sofort tot, die beiden andern wurden schwer verletzt.

Heilbronn, 11. Jan. Vom Zellengefängnis. Die Zellenbauten des Zellengefängnisses, das vor kurzem durch einen Dachstuhlbrand heimgesucht wurde, sind vorläufig wieder gedeckt. Am 15. Januar kann der Betrieb wieder aufgenommen werden. Die in Besigheim, Neckarsulm, Weinsberg und Oehringen untergebracht gewesenen Gefangenen sind bereits wieder hier. Im Lauf der nächsten Woche werden auch die anderen hiesigen Gefängnissen und in Hall untergebrachten Gefangenen zurückkehren. Der Dachstuhl soll nicht in seiner alten Form wieder aufgebaut, sondern durch ein ebenes Dach ersetzt werden.

Freudenstadt, 11. Jan. Tödlicher Ausgang. Im hiesigen Bezirkskrankenhaus starb der 21jährige Xaver Geiger von Lützenhardt, der in der Neujahrsnacht durch einen unglücklichen Schuß sehr schwer verletzt wurde.

Tuttlingen, 11. Jan. Jubiläum. In der Aktiengesellschaft für Feinmechanik vormals Jetter u. Scheerer konnten 15 Arbeiter die Feier der 25jährigen und 17 die der 35jährigen Dienstzeit begehen. Kommerzienrat Dr. Scheerer konnte den Jubilaren Ehrenurkunden bezw. die Medaille der König-Karl-Jubiläumstiftung nebst einer Gabe der Firma überreichen.

Illerrieden OA. Laupheim, 11. Jan. Brand. Abends gegen ½7 Uhr brach in dem Anwesen des Fabrikarbeiters Stephan Bösch Feuer aus, wodurch das ganze Anwesen eingeäschert wurde. Das Mobiliar konnte zum größten Teil gerettet werden, dagegen ist das Getreide, Stroh und Heu vollständig verbrannt.

Baden

Karlsruhe, 10. Jan. Wie verlautet, soll das bad. Arbeitsministerium „abgebaut" werden. Arbeitsminister Engler wird das Ministerium des Innern übernehmen, während Minister Remmele den ruhigeren Posten des badischen Gesandten in Berlin ausfüllen soll.

Karlsruhe, 10. Jan. Wie aus Blättermeldungen hervorgeht, hat Ministerialdirektor Schmidt im Unterrichtsministerium, der das pensionsfähige Alter seit etwa zwei Jahren überschritten hat, im Dezember vorigen Jahres sein Abschiedsgesuch eingereicht, das aber mit Rücksicht auf besondere sachliche Verhältnisse vom Staatsministerium abschlägig beschieden wurde. Daraufhin hat Ministerialdirektor Schmidt abermals um seine Zuruhesetzung nachgesucht.

Die Deutschnationale Fraktion tritt den böswilligen Ausstreuungen entgegen, als ob sie angeregt hätte, daß einzelne Fakultäten der badischen Hochschulen aufgegeben werden sollen.

Ein 83jähriger Privatmann stürzte eine Haustreppe hinunter und erlitt eine schwere Verletzung. Infolge einer hinzugetretenen Lungenentzündung starb der alte Mann. — Die Polizei hat ein 13jähriges Mädchen von Pforzheim festgenommen, das dort seinen Eltern entlaufen war und von Angehörigen verborgen gehalten wurde.

Pforzheim, 10. Jan. Die Tarifverhandlungen in der hiesigen Schmuckwarenindustrie sind gescheitert, da die Vertreter der Gewerkschaften die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden verweigerten.

Heidelberg, 10. Jan. Der bekannte Honorarprofessor für öffentliches Recht Dr. Arthur von Kirchenheim ist im Alter von 69 Jahren gestorben.

Mannheim, 10. Jan. Wie man hört, soll die Absicht bestehen, die Bahnstrecke Mannheim—Heidelberg elektrisch zu betreiben. — Nach der Gesamt-Indexziffer ist Mannheim die billigste Stadt Badens.

Schwetzingen, 10. Jan. Gestern stellte sich der hiesigen Gendarmerie ein Mann aus Riga, der erklärte, daß er in Spremberg zwei Briefe mit 280 GM. unterschlagen habe.

Neulußheim b. Schwetzingen, 10. Jan. In dem hiesigen Sägewerk wurde der 18jährige Arbeiter Albert Benz von der Transmission erfaßt, einige Male herumgeschleudert und lebensgefährlich verletzt.

Lokales.

Wildbad, den 12. Januar 1924.

Zum Sonntag

Kindersonntag! Sorge und Hoffnung streiten mit einander, wenn unser unter die Räder gekommenes Volk auf seine Jugend schaut. Sorge im Blick auf all das Elend und die Versuchungen der Zeit, in der unsre Kinder aufwachsen, und Hoffnung, schon weil man ohne sie kein Kind erziehen kann. Die Bibel gibt unserer Sorge und unserer Hoffnung Recht; sie sagt uns: was vom Fleisch geboren wird, ist Fleisch, und doch ist jedes Kind geschaffen nach Gottes Ebenbild; die Welt liegt im Argen, aber ihr Erlöser ist erschienen. Die wohlbegründete Sorge um unsere Jugend soll uns dazu führen, daß wir unsre Hoffnung für sie auf Gott setzen. Wir wollen ihr nicht nur das Beste geben, was wir selber in leidvoller Erfahrung errungen haben, sondern sie über sich und uns hinausweisen zu dem Quell alles wahrhaft Guten.

Das Notgeld. Unsere Mitteilung von dem Verfall des Notgelds scheint in manchen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen zu haben, weil dieses Notgeld noch in großen Mengen im Umlauf ist, ohne daß bis jetzt amtliches wertbeständiges Geld in auch nur einigermaßen ausreichendem Betrag für den Verkehr zur Verfügung stände. Die Sache hat indessen seine Richtigkeit insofern, als nach einer uns von zuständiger Stelle zugegangenen Auskunft das Reichsfinanzministerium durch Erlaß anordnet, daß sämtliches Notgeld, so z. B. auch dasjenige des württ. Städtetags, bis Ende Januar eingezogen sein muß. Badische Scheine werden von den württ. Finanzämtern schon seit einiger Zeit nicht mehr angenommen mit Ausnahme der Karlsruher Reichsbahnscheine, die eben Reichsgeld sind. Es ist klar, daß eine so tief greifende Aenderung im Geldverkehr zunächst leicht geeignet ist, Störungen und Verwirrung herbeizuführen, indessen ist es nur zu begrüßen, daß dem Wirrwarr in unserem Geldwesen nunmehr ein Ende gemacht wird, und man wird deshalb unvermeidliche Unzuträglichkeiten auch gern in Kauf nehmen. Im gewöhnlichen Verkehr wird das Notgeld größtenteils bis Ende Januar als Zahlungsmittel dienen können, wir möchten aber wiederholt raten, langsam die Notgeldscheine zur Einlösung zu bringen. Das Reichsfinanzministerium hat dafür Sorge getragen, daß Rentenmarkscheine und Rentenmünzen bis dahin in genügender Menge in den Verkehr gelangen. Das frühere Nickelgeld kommt für den Zahlungsverkehr nicht in Frage, da es, worauf wir bereits hingewiesen haben, amtlich nicht als solches anerkannt ist, wohl aber haben die Kupferpfennige ihre alte Geltung wiedererlangt.

Hohes Alter. Im Kreise ihrer Kinder und Enkelkinder konnte gestern Frau Karoline Schumann Witwe in körperlicher und geistiger Frische ihren 80. Geburtstag feiern. Wir gratulieren der Greisin und wünschen ihr einen sorgenfreien Lebensabend.

Vom Fußballsport. Die Wiederholung des wegen Schneesturm vorzeitig abgebrochenen Entscheidungsspiels um die Meisterschaft findet am 20. Januar auf hiesigem Platze statt. Eine gute Vorbereitung für dieses Spiel nach der kurzen Pause sind daher die Freundschaftspiele unserer 1. und 2. Mannschaft gegen einen überlegeneren Gegner, den 1. F.-C. Pforzheim 3. und 4. Mannschaft, welche morgen vor dem Spiel 1. F.-C. P. gegen Kickers in Pforzheim ausgetragen werden. Abfahrt 8.15 Uhr.

Linden-Lichtspiele. „Die Stadt des Satans", Monumentalfilm in 6 Akten, betitelt sich das erste Stück aus dem Riesenprogramm, das heute und morgen in den Li-Li zur Vorführung gelangt — ein Film, der an Großartigkeit naturgetreuer Aufnahmen kaum übertroffen werden kann. Der Ausbruch des Vulkans, die wallenden, dampfenden Lavaströme, die sich durch Gebirgsschluchten nach der Stadt wälzen und sie zerstören, das Bersten des Erdbodens und der Einsturz der Häuser, die Flucht der Menschen und Tiere sind Naturaufnahmen von packender, atemberaubender Wirkung. Die Handlung selbst ist von Anfang bis Ende äußerst spannend. — Als zweiter Film läuft eine Filmlegende in 7 Akten, betitelt „Neptuns Tochter", mit der berühmten Weltmeisterschafts-Schwimmerin Annette Kellermann in der Hauptrolle. Das Märchen von einer Meernixe, die durch einen Fluch und einen Zauber zum Menschenkind wird. In dieser Gestalt verliebt sich der junge König eines mächtigen Reiches in sie und macht sie, die durch den Verlust dieses Zaubers nicht mehr zu den Ihrigen zurück kann, nach mancherlei freud- und leidvollen Erlebnissen und Hindernissen zu seiner Königin. Ein Film voll packender Handlung, der seine Wirkung sicher nicht verfehlen wird. Einen Besuch dieses Großstadtprogramms sollte niemand versäumen. — Es sei noch betont, daß am nächsten Samstag und Sonntag in den Li-Li das z. Zt. in Pforzheim mit großem Erfolg aufgeführte amerikanische Filmwerk **„Frauen, die dem Abgrund nahe"** zur Aufführung gelangt. Als Beiprogramm läuft eine amerikanische Groteske „Joe, der Held", mit Joe Martin in der Hauptrolle. Man sieht also, daß Herr Kull keine Mühe und Kosten scheut, um seinen Kunden wirklich nur Erstklassiges zu bieten. y.

Apollo-Lichtspiele Calmbach. Samstag und Sonntag gelangt „Die Rache der Maud Fergusson" (8. und zugleich Schlußtabteilung der „Herrin der Welt") zur Darstellung. Es ist dies ohne Zweifel der interessanteste und dankbarste Teil, den alle, die die seitherigen Abteilungen oder auch nur einzelne davon gesehen haben, unbedingt besuchen sollten — ein ergreifend großartiger und dabei würdiger Abschluß! Wir wollen darüber lieber nichts Näheres verraten, als betonen, daß man ganz selten so viel rührende Handlung, mit vollendetster Darstellung vereinigt, zu sehen Gelegenheit hat. — Herr Adolf Roller, der weder Mühe noch Kosten scheuende Unternehmer der Apollo-Lichtspiele Calmbach, hatte über die Feiertage sehr unter allerlei Ungunst der Verhältnisse und der Witterung zu leiden. Mögen ihm nunmehr wieder „klingende Erfolge" beschieden sein!

Handelsnachrichten

Dollarkurs (Berlin) am 11. Jan.: 4.2105 BrM (unv.), Newyork 1 Dollar 4.34 (4.34), London 1 Pfd. Sterl. 19 (19), Amsterdam 1 Gulden 1.49 (1.64), Zürich 1 Franken 0.740 (0.740).

Der Frankensturz. Die Bank von Frankreich hat den Zinsfuß von 5 (seit 10. März 1922) auf 5.5 v. H. erhöht. Die Spekulation richtet sich auf ein weiteres Sinken des Franken ein.

*

Stuttgarter Börse, 11. Jan. Die Börse nahm heute den gleichen Verlauf wie gestern. Das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen und die Kurse waren kaum verändert. Der Markt der Festverzinslichen lag sehr ruhig bei behaupteten Kursen. Neckargoldanleihe 2 Geld, Festwertbank-Obligationen 1.7 Billionen. Dollarschätze und Goldanleihe zum Berliner Kurs gesucht bezw. angeboten. — Bankaktien: Hypothekenbank 2.75 (2.5), Notenbank 75 (60), Vereinsbank 4.9 (4.5). — Brauereiwerte: Eßlinger 14 G. (16), Rettenmeyer 26 (25), Pfauen 13 (10), Hohenzollern 12 (10), Wulle 7.5 (7), junge 7 (6), Ravensburg 2.5 G. — Metallwerte: Feinmechanik 45 (42), Koch 20 (18), Junghans 11.5 (11), Württ. Metallwaren 52.5 (50), Hohner 50. — Maschinenaktien: Daimler 4.3 (4.1), Magirus 3.25 (3), Vorzüge 2 G. (1.5), Neckarsulmer 6.6 (6.4), junge zirka 6, Eßlingen 8.8 (8.5), Hesser 5.5 (5.25), Laupheimer Werkzeug 42 G., Weingarten 20 G. (24). — Spinnereiaktien: Erlangen 13 G. (13.5), Kolb-Schöle 21.25 (20), Pfersee 30 G. (35), Kottern 40 (36), Kuchen 29 (30), Filz 42 (45), Wolldecken Weilderstadt 30 (33), Leinenindustrie 65 G. (60), Unterhausen 50, Bietigheim 65, Eßlingen 50, Kattun 100. — Nahrungsmittelaktien: Kaiser Otto 4.1 (3.9), Knorr 7 (6.5), Konserven Leibbrand 2.4 (2.3), junge 2.2 (2.1), Stuttg. Bäckermühle 11 (9.25), Stuttg. Zucker 8.1 (7.95), Salzwerk Heilbronn 90 (100), Otto Krumm 3.7 (3.8). — Verlagsaktien: Chr. Belser 1.8 (1.5), Deutsche Verlag 34 (37), Union 9 (9.5), Stuttg. Vereinsbuchdruckerei 1. — Uebrige Werte: Bad. Anilin 26.25 (25.75), Germania Linoleum 18 (17), Hansa Metall 3.75 (3.5), Ludwigsburger Metallwaren 12 (10), Knopffabrik Schorndorf 5.5 (4.9), Köln-Rottweil 12 (11.9), Neckarwerke 3.5 (3.3), Südd. Holz 18.5 (18), Weag 8.1 (8.5), Kraftwerk Altwürttemberg 10.5 (10), Ziegelwerke Ludwigsburg 13 (12.25), Württ. Transport 56 Billionen (55), Bamberger Mälzerei 7, Komtag 2, Schleppschiffahrt 15, Stuttg. Gips 60, Stuttg. Straßenbahnen 7, Verein Deutscher Oel 50, Bremen-Besigheimer Oel 34 (36), Cementwerk Heidelberg 17.5 (17), Sekt Wachenheim 27 (31), Bezugsrecht auf Union Deutsche Verlagsgesellschaft 1.3 (1.4). Württ. Vereinsbank.

Berliner Getreidepreise, 11. Jan. Weizen (märk.) 15.80 bis 16.20, Roggen 14.10 bis 14.40, Sommergerste 16.50 bis 18.80, Hafer 11.20.

Briefkasten.

Anfrage. Ist es richtig, daß ein hiesiger Gemeinderat für eine Privatfahrt nach Hohenheim einen Kostenzettel bei der Stadtkasse einreichte? Ist es fernerhin richtig, daß derselbe Gemeinderat sich für Gutachten und Pläne, die er ohne Auftrag in seinen Mußestunden ausführte, von der Stadtkasse bezahlen ließ? -r.

Antwort. Von zuständiger Stelle ist darüber keine Auskunft zu bekommen. Doch wird uns dies von anderer Seite, die als zuverlässig betrachtet werden darf, bestätigt. Sofern derselbe jedoch als Kommissionsmitglied für die Stadtgemeinde positive Arbeit geleistet hat, wäre er berechtigt, einen Kostenzettel einzureichen. Dies dürfte aber nur im zweiten Fall zutreffen. — Was also von einem Teil der alten Gemeinderäte im Fröhlich'schen Intelligenzblatt in leichtfertiger Weise behauptet wird, daß sie „an der ewig milchgebenden Stadtkuh melken", trifft somit in erster Linie bei diesem neuen Gemeinderat zu. Wenn Sie glauben, diesen Fall für sich und die Allgemeinheit verwerten zu können, dann wenden Sie sich am besten ans Rathaus; vielleicht haben Sie mehr Glück.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 13. Jan. 9¾ Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10¾ Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Söhne): Stadtvikar Keidel. 5 Uhr Bibelstunde: Derselbe.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 13. Jan. 7½ Uhr Frühmesse, 9½ Uhr Predigt und Amt. 2 Uhr Andacht, hernach Mütterverein. Werktags: Montag und Donnerstag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7¾ Uhr hl. Messe. Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Frühe, Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonntag bei der Frühmesse, Montag nicht, Donnerstag 6¾ Uhr, an den übrigen Tagen bei den hl. Messen.

Sommersprossen **Winterbehandlung.**
Jetzt ist es Zeit, das Wiedererscheinen zu verhindern. Bestellen Sie sofort die seit 24 Jahren bewährte Bleichcrême Marke Morgenstern. Kleine Probetube Mk. 1.50, große Probetube Mk. 3.—, Originaltube 4.50. Porto extra.
Parfümerie Morgenstern, Frankfurt a. M. 193, Schließf. 47.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 15. Januar 1924, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1) Einstellung verschiedener Preise und Gebühren auf die Friedenssätze, wie Gas- und elektr. Lichtpreise, Wasserzinse, Feuerwehrabgabe, Schlachthausgebühren, Waggebühren, Bürgerrechtsaufnahmen usw.
2) Neuregelung der Belohnung für die Reinigung des Rathauses, der kathol. Volksschule, des Mehllokals usw.
3) Weitere Gesuche um Finanzierung von Wohnungsbauten.
4) Anschaffung von Uniformen für die Forstwarte.
5) Durchsicht der abgeschlossenen Rechnungen der Stadtpflege, der Bergbahnverwaltung, der Realschulkasse pro 1917/18 und 1918/19 und der Armenpflegerechnungen pro 1918/19 und 1919/20.
6) Sonstiges.

Bestellungen auf demnächst eintreffende

Briketts

nimmt noch entgegen

Fritz Krauß.

Die

Abgabe von Briketts

erfolgt am Montag. Es wird jedes Quantum abgegeben zum billigsten Tagespreis.

Wilhelm Rath.

Mietgesuch.

3—4 Zimmer-Wohnung, möbliert oder unmöbliert, möglichst in Einfamilienhaus, ab 1. März auf mehrere Monate gesucht.

Eilangebote an die Tagblattgeschäftsstelle unter H. P.

Inventur-Verkauf

mit 15% Rabatt

vom 12.—19. Januar

für sämtliche Stoffe, Strickartikel, Trikotagen, Herren- und Knaben-Konfektion.

Fritz Wurster

beim Bahnhof. **Calmbach** beim Bahnhof.

Heute und morgen

Schlachtpartie,

wozu freundlichst einladet

Fr. Frey, Bahnhofhotel.

Hotel Weil

ab morgen Sonntag

geöffnet.

Wein-Abschlag.

Vorzügliche

Rot- und Weißweine,

¼ Liter 30 Pfennig,

empfiehlt

Café Bechtle, Weinstube.

Wintersport-Verein

Wildbad.

Ski- und Rodel-Rennen

für die Mitglieder des Wintersport-Vereins Wildbad am Sonntag den 13. Januar.

Beginn der Ski-Rennen 8 Uhr vormittags.
Beginn der Rodelrennen 2 Uhr nachmittags.

Reihenfolge:

1. Langlauf.
2. Jugendlauf.
3. Damenlauf.
4. Hindernislauf.

1. Einzelrodeln für Lenker.
2. Paarrodeln „ „
3. Damenrodeln ohne Lenker
4. Einzelherrenrodeln ohne Lenker.
5. Paar-Herrenrodeln ohne Lenker.

Anmeldungen bis Samstag abend 6 Uhr in der Stadtapotheke.

Die Mitglieder der Wintersport-Vereine Calmbach, Dobel, Höfen, Neuenbürg werden zur Teilnahme an beiden Rennen freundlichst eingeladen.

Preisverteilung Sonntag abd. 8 Uhr im „Hotel Ochsen".

Hausbesitzerverein Wildbad e. V.

Am Sonntag, den 20. Januar ds. Js. nachmittags 2 Uhr findet im Hotel zur „Traube" hier die jährliche

ordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechnungsbericht.
2. Festsetzung des Vereinsbeitrags.
3. Neuwahl der Vorstands- und von 5 Ausschuß-Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.

Der Ausschuß.

Apollo-Lichtspiele Calmbach

Samstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, Sonntag den 13. Januar
Anfang 3.00, 5.30 u. 8.15 Uhr.

Die Rache der Maud Fergusson

Der 8. und letzte Teil des Großfilms „Die Herrin der Welt".

Herzzerreißend! Tragisch!

Gute Musikbegleitung.

Versäumen Sie den tragischen Schluß dieses Riesenfilmwerks nicht!

Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Windjacken
Bozener-Mäntel
Breeches-Hosen,
Feldgraue Hosen,
Sonntags-Hosen,
Manchester-Hosen,
Zwirn-Hosen,
Engl. Leder-Hosen,
Lodenjoppen,

blaue Arbeitsanzüge,
graue Drillichanzüge,
Gipseranzüge,
Fuhrmannsblusen,
Kochjacken,
Metzgerjacken,
Lagermäntel,
Laboratoriumsmäntel,
Malerkutten,
Setzermäntel,
Eisenbahnermäntel,

sowie sämtliche Sorten Schuhwaren offeriert billigst:

Weintraub, Karlsruhe i. B., Kronenstr. 58.

Gebrauchte Emballage

zerrissene reparaturfähige Jute- und Papiergewebe-

Säcke

kauft jedes Quantum

Karlsruher Sackfabrik G. m. b. H.

Karlsruhe i. B., Gerwigstr. 10

Telefon 835 u. 5426 Telegr.-Adr. „Kassak"

Linden-Lichtspiele

Samstag abend ½9 Uhr
Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends ½9 Uhr
Das Riesen-Großstadt-Programm:

12 Akte! 12 Akte!

„Die Stadt des Satans"

Monumentalfilm in 5 Akten.

„Neptuns Tochter"

Filmlegende in 7 Akten.

In der Hauptrolle:
Die berühmte Weltmeisterschaftsschwimmerin
Annette Kellermann.

Versäume niemand dieses erstklassige Programm!

Äußerst günst. Kaufgelegenheit!

Ein Posten reinwollener

Herren-Anzugstoffe

von Mk. 8.75 d. Mtr. an, darunter auch zu eleganten Kostümen geeignete, empfiehlt in hübscher Ausmusterung

Phil. Bosch Nachf.

Stellen suchen:

Als **Kochlehrmädchen**, 2 Mädchen die schon gedient, und eine Anfängerin als **Zimmermädchen** bei guter Behandlung und Verpflegung, wo Gelegenheit geboten ist, etwas Tüchtiges zu lernen. Eintritt beliebig.

Anfragen **postl. Neubulach** (Württbg.)

1—2 Zimmer,

von solidem Herrn gegen gute Bezahlung gesucht.

Meldungen an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Berliner Pfannkuchen, Hefenkranz 2c.

sowie sämtliche

Conditoreiwaren, Baseler Lekerli,

stets frisch

Café Bechtle.

Gebe umsonst einf. Mittel gegen

Bettnässen

bekannt. Alter u. Geschl. angeb. **Irene Müller Stuttgart** C. 66 Sängerstraße 5.

Photo-Atelier

Sonntags geöffnet

E. Reinhardt.

Ziehharmonikas

kosten nur noch den halben Preis. 2reihig, vorhergehender Preis 50 Mk., jetzt 25 Mk., 3reihig, vorhergehender Preis 80 Mk. jetzt 40 Mk., bei Gebrüder **Hohnloser, Pforzheim,** Bergstraße 27.

Daselbst sind auch gebrauchte **Mandolinen, Gitarren und Geigen** zu haben. Alle Reparaturen schnell und billig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw